



■ eje Jugendtreff ■

Orangenaktion und Dartturnier im t1

Auch dieses Mal beteiligte sich das t1 an der Orangenaktion, die jedes Jahr vom Evangelischen Jugendwerk Esslingen organisiert und im gesamten Esslinger Kirchenbezirk durchgeführt wird. Viele Kinder und Jugendlichen machten sich am Samstag vor dem 1. Advent auf den Weg um möglichst viele Orangen für 1 € zu verkaufen.

Der Erlös geht dieses Jahr an das Auslandsprojekt Brunnen und Schulen im Süd-Sudan des Weltendienstes des Evangelischen Jugendwerks. Die Menschen dort sind durstig nach Wasser und Bildung. Die Spenden ermöglichen, dass vor Ort weitere Brunnen gebohrt, Regenwasser gesammelt und Schulen gebaut werden können. Wir danken unseren Orangenverkäufer/innen für ihren unermüdlichen Einsatz!

Am vergangenen Freitag veranstalteten ehrenamtliche Mitarbeiter des t1 ein Dartturnier. 12 Jugendliche beteiligten sich und bis zum Schluss blieb es spannend wer zum Turniersieger des Abends gekrönt wird.



Fleißige Orangenverkäufer unterwegs für einen guten Zweck.

Vorausschau: Am Freitag, den 16. Dezember, wird es die nächste lange t1-Öffnungszeiten geben. Weitere Infos: Jugendtreff t1,

Traifelbergstraße 1, 73734 Esslingen, Tel. 07 11/3 82 05 35, Mail t1@eje-esslingen.de, www.facebook.de/jugendtreff.t1.

■ SPD Esslingen ■

Koch: SPD-Fraktion freut sich



Fraktions-Chef Andreas Koch: Die Unterstützung durch das Land ist überfällig.

Der Esslinger Landtagsabgeordnete, Landtagsvizepräsident Wolfgang Drexler, bringt gute Neuigkeiten aus der Landeshauptstadt: „Der mit den Kommunen vereinbarte 'Pakt für Familien mit Kindern' bringt für die Stadt Esslingen im kommenden Jahr 2,34 Millionen Euro mehr für die Betreuung für die Kleinkindbetreuung aus der Landes-

kasse.“ Der Vorsitzende der SPD-Gemeinderatsfraktion, Andreas Koch, zeigt sich darüber hocheifrig: „Wir begrüßen die überfällige Unterstützung durch das Land. Sie tut dem Esslinger Haushalt nicht nur gut, sondern ist auch angemessen.“ Es geht nicht an, dass höhere politische Ebenen entscheiden, was die Kommunen zu tun haben, ohne ihnen dafür das nötige Geld zur Verfügung zu stellen. Auf jeden Fall unterscheidet sich die grün-rote Politik in diesem Punkt deutlich von der bisherigen schwarz-gelben. Mit der Entscheidung werde es leichter, Familie und Beruf zu verbinden.

Abstimmung: Klare Entscheidung der Befürworter „Viele Bürger haben im Lande, aber auch in Esslingen am Sonntag ihr Votum abgegeben“ so Richard Kramartschik, Stv. Fraktionsvorsitzender, „deshalb ist die Entscheidung eindeutig und sollte nach den demokratischen Spielregeln auch von allen respektiert werden.“

■ Aus Berlin für Esslingen (SPD) ■

Roth: Rechtsextremismus bekämpfen!

Alle Parteien im Bundestag verabschiedeten vergangene Woche einen gemeinsamen Entschließungsantrag, der die rechtsextremistischen Terrorakte auf Entschiedenste verurteilt. Die von der rechtsterroristischen Gruppe verübten Morde zählen zu den schwersten und abscheulichsten Verbrechen, die die Bundesrepublik erlebt hat. Ihre lückenlose Aufklärung ist die erste Pflicht und ein wichtiges Zeichen für die Angehörigen der Opfer sowie für unsere Gesellschaft als Ganzes.

Karin Roth, Esslinger SPD-Bundestagsabgeordnete: „Die Terrorakte sind ein Angriff auf unser Gemeinwesen und unsere Demokratie. Tatsache ist: Eine rechtsterroristische Zelle konnte über Jahre hinweg eine Mord-



Karin Roth: „Rechtsextremismus engagiert bekämpfen!“

serie begehen, ohne aufzufallen. Wir müssen wissen, was schiefgelaufen ist. Das Versagen des Verfassungsschutzes muss rückhaltlos aufgeklärt werden. Der rechtsextremistische Terror ist ein Weckruf: Es muss Schluss sein mit der Verharmlosung der rechtsextremistischen Gefahr. Der Kampf gegen Rechtsextremismus muss eine zentrale Aufgabe aller demokratischen Kräfte sein. Das ist eine Daueraufgabe, und das kann der Staat nicht alleine. Er ist auf das Engagement der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Gemeinsam müssen wir dem Hass der Rechtsextremen jeden Tag aufs Neue den Mut und die Kraft der Demokraten entgegensetzen.“
www.karin-roth.de

■ FDP Esslingen ■

Es reicht: Keine Proteste mehr!



Judith Skudelny: „Der Lauteste hat nicht immer die Mehrheit hinter sich.“

„Für die Befürworter von Stuttgart 21 war es schwieriger als für die Gegner, die

Bürger zu mobilisieren. Umso höher ist das eindeutige Ergebnis der Volksabstimmung zu bewerten“, kommentierte die Esslinger FDP-Ortsvorsitzende Rena Farquhar.

Die FDP-Bundestagsabgeordnete Judith Skudelny folgerte: „Das Ergebnis zeigt deutlich: Diejenigen, die am lautesten schreien, haben nicht zwangsläufig die Mehrheit hinter sich. Demokratie ist mehr als nur ein professionell organisierter Protest. Die Argumente müssen überzeugen, nicht die Lautstärke. Nach über einem Jahr Protest muss jetzt Schluss sein: Die Bürger haben keine Lust mehr auf Verkehrsstaus wegen Straßendemonstrationen. Auch das Zeltlager

im Park muss jetzt geräumt werden. Der Stuttgarter Stadtpark gehört nicht den Demonstranten, sondern allen Bürgern. Wer jetzt den Bau von Stuttgart 21 noch aktiv behindert, verlässt die Basis unseres demokratischen Rechtsstaates. Das gilt auch für den baden-württembergischen Verkehrsminister. Sein Rücktritt würde von politischer Geradlinigkeit zeugen.“

„Alle Gegner von Stuttgart 21 sind jetzt aber herzlich eingeladen, sich aktiv vor Ort einzubringen und sich an einer anwohnerfreundlichen Gestaltung von Stuttgart 21 zu beteiligen“, so die beiden FDP-Politikerinnen. Das ist der gemeinsame Nenner, den wir alle haben!“

■ CDU Esslingen ■

CDU dankt Bündnispartnern



Bertazzoni sagt Danke.

„Ein großes Dankeschön an die im Esslinger Gemeinderat vertretenen Parteien, die sich an dem Bündnis pro Stuttgart 21 beteiligt haben“, sagte Bertazzoni weiter

aus und verwies darauf, dass Esslingen die zweithöchste Abstimmungsbeteiligung in ganz Baden-Württemberg für sich verbuchen konnte.

Dieses Bündnis aus SPD, FDP, CDU und Freien Wählern habe viel dazu beigetragen, dass die Bürgerinnen und Bürger sich für Stuttgart 21 und mit Nein zum Kündigungsgesetz entschieden haben. Jetzt können wir nur noch hoffen, dass das Votum von Gegnern auch akzeptiert und respektiert wird. Durch das Ergebnis habe das Nein-Sagen ein Ende. Ab sofort gelte wieder

Ja zu Stuttgart 21, Ja zu mehr Innovation, so Bertazzoni. „Die Abstimmung ist vorüber und wir haben ein Ergebnis, das es nicht zu deuten gibt. Unser Ziel war und ist es, die Situation um Stuttgart 21 zu befrieden, Stuttgart 21 werde gebaut und die Regierung, vor allem aber die Grünen seien verpflichtet, die Bahn bei der Ausübung ihres Baurechts zu unterstützen“ sagte Bertazzoni, der keinen Rücktritt des Verkehrsminister fordert, vielmehr müsse er sich jetzt beweisen, dass er ein guter Demokrat ist.

■ Bündnis 90/Die Grünen Esslingen ■

Erfolg für die Demokratie



Andrea Lindlohr: „Stuttgart 21 im Sinne Esslingens und der Region verbessern“

„Die Mehrheit der Esslinger Bürgerinnen und Bürger hat wie die Baden-Württemberger klar gegen die Kündigung von Stuttgart 21 gestimmt. Dies respektieren wir selbstverständlich“, erklären die Esslinger

Landtagsabgeordnete Andrea Lindlohr und der Ortsvorstand der Esslinger Grünen Helmut-Müller Werner übereinstimmend. Erfreulich sei die hohe Beteiligung von 62 Prozent im Kreis Esslingen. „Ich sehe die Volksabstimmung als demokratischen Fortschritt für Baden-Württemberg“, erklärte Lindlohr. „Der Einsatz und das Engagement von vielen Bürgerinnen und Bürgern für mehr direkte Demokratie bei Veranstaltungen, Info-Ständen, beim Plakate aufhängen und Flyer-Austragen war in den letzten Wochen einfach überwältigend“, bedankt sich Müller-Werner bei den zahlreichen helfenden Händen. Das Projekt werde man jetzt konstruktiv begleiten.

„Für die Esslinger Pendler ist wichtig, dass sie weiterhin mit der S-Bahn-Linie S1 über Vaihingen und Böblingen nach Herrenberg fahren und sich auf einen pünktlichen S-Bahn-Verkehr verlassen können“, fordern Lindlohr und Müller-Werner.

■ Aus Berlin für Esslingen (CDU) ■

Grübel: Neues zur Organspende

Gemeinsam wollen die Gesundheitsexperten aller im Bundestag vertretenen Fraktionen noch in diesem Jahr einen Gruppenantrag zur Organspende erarbeiten. Markus Grübel MdB: „Jede Bürgerin und jeder Bürger unseres Landes soll einmal mit der Frage konfrontiert werden, ob er oder sie zu einer Organspende bereit ist.“ Der Esslinger Abgeordnete weiter: „Ich finde es gut und wichtig, dass diese Fragen beispielsweise im Zusammenhang mit dem Versand der Gesundheitskarte gestellt werden.“ Denn in Umfragen erklären viele Menschen ihre Bereitschaft zur Organspende. Nur wenige dokumentieren dies aber schriftlich. Mit einer strukturierten Befragung der Bevölkerung soll mehr Klarheit entstehen.

Markus Grübel: „Organspende ist ein Akt der Nächstenliebe. Wenn mehr Menschen ihre Bereitschaft zur Organspende schriftlich festlegen, hoffen wir, dass auch mehr Patienten ein lebensrettendes Organ transplantiert werden kann.“

Nach wie vor sterben in Deutschland viele Menschen, weil ein geeignetes Spenderorgan nicht zur Verfügung steht. Selbstverständlich kann sich jede und jeder auch weiterhin gegen eine Organspende entscheiden. Im Gegensatz zu einigen anderen europäischen Ländern gilt in Deutschland die so genannte Zustimmungslösung. Organe dürfen nur entnommen werden, wenn eine entsprechende Einwilligung vorliegt.



Markus Grübel: Spendenbereitschaft erklären.